Verfasser, Adresse

Briefkopf Din Norm 5008

An den Botschafter der

Botschaft der USA

Clayallee 170

14195 Berlin

D-..... Ort, den 2014

B e t r i f f t: .....

Es wird darauf hingewiesen, sollte sich in dem Schriftsatz auf das Grundgesetz und nachfolgende Gesetze bezogen werden, so ist dies kein Anerkenntnis dieser, sondern ein Hinweis darauf, wie bei Geltung jener zu verfahren ist.

Werte Exzellenz,

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit werden Sie gebeten beiliegenden Strafantrag, bzw. beiliegende Strafanträge und auch Rechtsbeschwerde an die zuständige Behörde Ihrer Regierung weiterzuleiten.

Wir beziehen uns u.a. auf die vom Departement of State of Washington an das Verwaltungskomitee des Deutschen Reichs vergebene Kodierungsnummer > US-GER/EMP-04/03-Depart SEC <

Mit diesem Identifikations-Code des US-State-Departement wird das Verwaltungskomitee des Deutschen Reiches verifiziert.

Antrag:

Die vier Alliierten Mächte,

die Russische Föderation,

die Vereinigten Staaten von Amerika,

das vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland

die Republik Frankreich

Verfasser, Adresse

werden hiermit aufgefordert, lt. Artikel 1 Abs. 3 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte

(„(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten“)

um die weitere Vernichtung von Leben in Deutschland zu verhindern, den Strafantrag/Rechtsbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg, sowie die Strafanzeige/Strafantrag beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag rechtshängig und somit weiterhin aktenkundig zu generieren.

Sie werden weiterhin aufgefordert, bis zum Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland (Deutsches Reich nach legislativem Völkerrecht) laut Artikel 43 des Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (Haager Landkriegsordnung), vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 107), sich um Ordnung und Sicherheit zu sorgen um dem deutschen Volk die Möglichkeit aufrecht zu erhalten, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Die Volksrepublik China wird aufgefordert als Ständige Macht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, den Fortgang zur Klärung der völkerrechtwidrigen Lage in Deutschland nach besten Wissen und Gewissen zu beobachten und voranzutreiben.

Zu Ihrer weiteren präjudizialen (obschon international und völkerrechtlich objektiv bekannt) Information hier die derzeitige internationale Präjudiz des internationalen Gerichtshofes in Den Haag, internationale Gerichtsentscheidung vom 03. Februar 2012 – File Number 2012/7 (IGH/ICJ-file number). Diese Gerichtsentscheidung finden Sie im Original den Anlagen den Strafanzeigen beigefügt.

Zusammenfassung der national-judikativen und subsumierten völkerrechtlich-realen Gesamtsituation (international juristische Subsumption) gilt hier offenkundig und international aktenkundig folgende Zusammenfassung: Die Zentralverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebiet genannt Bundesrepublik Deutschland ist militärisch besetztes Gebiet ohne Legitimation und ohne staatliche Gerichtbarkeit. Der vertikale Rechtsweg (zwecks horizontaler national judikativer zielsetzender Rechtserlangung) in der Zentralverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes ist juristisch NICHTIG und UNWIRKSAM und auch praktisch (im juristisch objektiven Sinne) nicht

Verfasser, Adresse

durchführbar. Bedingend dieser offenkundigen Tatsache ist die Inanspruchnahme der innerstaatlichen Rechtsmittel/-wege nicht gegeben. Die BRD Gerichtbarkeit ist nicht staatlich, gesetzliche Richter gibt es nicht nach GVG §§ 1, 15, 16 und GG Art 101. Ebenso sind Genehmigungen der Militärregierung SHAEF Gesetz Nr. 2 nicht (offiziell aktenkundig) zu erhalten. Ebenso erhält der Bürger keine eidesstattliche Erklärung der operierenden Richter. Ferner gibt es in den Rechtsnormen der BRD keinen territorialen Geltungsbereich mehr. Auch hat der Internationale Gerichtshof (IGH)/International Court of Justice (ICJ) in Den Haag mit Urteil vom 03. Februar 2012 – Nr. 2012/7 – die NICHTIGKEIT der völkerrechtlichen Immunität der Bundesrepublik Deutschland diese internationale Aktenkundigkeit festgestellt. Über den Dezember 2013 (Ausstrahlung Heute Sendung ZDF) hinaus hat der Internationale Gerichtshof (Nr. 2012/7 – 3. Feb.2012) geurteilt, dass die „Bundesrepublik Deutschland" der Rechtsnachfolger des dritten Reich sei. (Nachweis liegt vor). Die Anwendung nationalsozialistischer Gesetzgebung ist strafbar.

Ich bitte um a.) aktenkundige Archivierung, b.) um Mitteilung des bei Ihnen archivierten Vorganges und c.) um Mitteilung dieses Sachvorganges an die vermeintliche Bundesregierung der Zentralverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes, genannt Bundesrepublik Deutschland (=nicht Deutschland nach SHAEF-Militärgesetz)

Besten Dank für Ihr (schriftliches) Gehör.

Ihren (schriftlichen) Dialog ist SEHR wünschenswert.

Mit freundlichen Grüßen

vorname familienname

Anlagen: Strafantrag und Strafanzeige von (Name Adresse) gegen (Name Adresse) + diesbezügliche weitere Anlagen

Quelle:
http://ralfkeser.wordpress.com/2014/10/23/musterschreiben-an-botschaften-erganzend-beschwerde-an-egmr-und-istgh-muster/